

Von den Selbstheilungskräften zu den Selbstabschaffungstendenzen des Marktes. Zur Kritik des real-existierenden Kapitalismus

Richard Albrecht

Editorische Vorbemerkung von Thomas Meese

"Wer nicht von Arbeitslosigkeit reden will, der soll zur sozialen Marktwirtschaft schweigen", schreibt Richard Albrecht im nachfolgenden, hier mit Einverständnis des Autors ungekürzt wiederveröffentlichten, Text. Er wurde vor nunmehr achtzehn Jahren in der monatlich erscheinenden 'theoretischen' DGB-Zeitschrift erstveröffentlicht (Gewerkschaftliche Monatshefte, 42 [1991] 8: 508-515) und hat insofern gerade seine "Volljährigkeit" erlangt. Der Text schloß an einen 1990 dort publizierten kritischen Übersichtsbeitrag zur „Arbeitsmarkt-Individualisierung“ (Ulrich Beck) von Richard Albrecht an (Differenzierung – Pluralisierung – Individualisierung. Umbruchsprozesse der bundesrepublikanischen Gesellschaft; in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 41 [1990] 8: 505-512). Fünf Jahre später, 1996, beteiligte sich der Autor noch einmal mit einem Kurzbeitrag zum DGB-Grundsatzprogramm und seiner zuerst 1992 entwickelten und in gewerkschaftlichen Zusammenhängen provokant wirkenden Forderung „**Wer nicht arbeiten darf soll wenigstens gut essen**“ (Gewerkschaftliche Monatshefte, 47 [1996] 10: 665-667) an der Debatte.

Richard Albrechts Text zeigt, dass die aktuellen Probleme des "wiedervereinigten" Deutschlands die der alten Bundesrepublik sind - nur verschärft: Die Arbeitslosigkeitsstatistik wird weiterhin frisiert - nur noch dreister; die Schere zwischen Arm und Reich klafft weiterhin auseinander - nur noch weiter; die individuelle Zuschreibung von Massenarbeitslosigkeit wird weiterhin betrieben - nur noch perfider; der bei der Erstpublikation des Textes *"letzte sozialdemokratische Bundeskanzler"* war schon neoliberal - der gegenwärtig letzte war noch neoliberaler; vor zwei Dekaden war der Zweite Arbeitsmarkt, der immerhin eine Rückkehr in den Ersten Arbeitsmarkt noch vorsah, das arbeitsmarktpolitische Gebot der Stunde - heute sind wir schon beim Dritten Arbeitsmarkt angelangt, der eine Integration in reguläre Beschäftigung bereits institutionell ausschließt; fragte die Jugendsoziologie in den Achtzigern noch, ob die perspektivlosen Jungerwachsenen nun aufgeschlossen sein müssten für *"Brot und Spiele"*, haben wir heute immerhin die Antwort, wenn wir "Deutschland sucht den Superstar" einschalten. Dies alles, meinte Richard Albrecht vor achtzehn Jahren, müsste nicht zwangsläufig so sein, wenn und insofern eine allfällige Abwendung vom überkommenen gesellschaftlichen Arbeitsbegriff als Lohn- oder Erwerbsarbeit erfolgen würde. Der Autor schrieb im Sommer 1991 als wissenschaftlicher Kritiker staatsknetisch alimentierter Arbeitslosigkeitsforschung dieser unter anderem ins Stammbuch:

„Die bundesdeutsche Arbeitslosigkeitsforschung [...] ist bis heute auf eine andere Optik eingeschworen, ich nenne sie die Opfersicht. Seit anderthalb Jahrzehnten hat auch diese Forschung die Arbeitsgesellschaft so verinnerlicht, daß es immer wieder heißt, Arbeitslosigkeit macht die Betroffenen, ihre Familien und besonders die Kinder und Jugendlichen krank. Das kann so sein - und ist auch überwiegend der Fall -, muß aber nicht so sein und wird dann nicht der Fall sein, wenn der Lebenssinn nicht mehr im Streben nach bezahlter Erwerbsarbeit liegt. Insofern bietet ein anderes kulturelles Lebensmodell jenseits der Arbeitsgesellschaft Schutz - auch vor drohenden, von längerer Arbeitslosigkeit mitverursachten Beschädigungen und Kränkungen. Im übrigen sind auch arbeitslos gemachte und wie auch immer sozial ausgegrenzte oder depravierte Menschen und Gruppen keine Reaktionsdeppen und als solche zu beforschende oder zu versorgende Objekte. Jede Opfersicht, auch wenn sie sich mit wohlmeinenden Appellen an die Regierenden wendet, verkennt diesen Zusammenhang, weil Menschen sich nicht nur reaktiv zu Objekten verhalten müssen, sondern aktiv und manchmal sogar produktiv Wirklichkeit aneignen und verändern können. Und erst diese besondere Fähigkeit meint menschliches Handeln. Alles andere ist Zoo.“

Nein, so müsste es zwangsläufig nicht gekommen sein, weil der Mensch sich selbst emanzipieren *kann* und die Menschen die sie umgebenden sozialen Verhältnisse durch demokratischen Beschluss verändern *können*. So ist es aber dennoch gekommen. Richard Albrecht hat dies befürchtet. Weil er aber vom Prinzip her die Hoffnung niemals ausschließen würde, spricht er von dem, was nun doch gekommen ist - dem *"Kapitalismus ohne menschliches Gesicht"* -, auch nur in der Möglichkeitsform; *das Andere* niemals ausschließend. So, wie in Kafkas' "Vor dem Gesetz". Dort heißt es: *"Es ist möglich, jetzt aber nicht"*.

I.

Wer seinen Blick einmal abwenden kann von globalen Menschheitsproblemen, von Weltkriegsgefahr und atomaren Holocaust, von der zu zwei Dritteln hungernden Weltbevölkerung und der ökologischen Bedrohung, der wird unterhalb dieser großen Themen immer noch genügend innergesellschaftlich wichtige Problemfelder und Konfliktbereiche erfahren. Diese sind auch in der neuen, erweiterten bundesdeutschen Gesellschaft spürbar. Sie betreffen unmittelbar viele Menschen und Gruppen; auch wenn sie gegenwärtig noch überlappt sind von der deutschen Einigung und dem nun begonnenen schwierigen, weil vorbildlosen gesellschaftlichen Versuch einer Vereinigung zweier nach wie vor unterschiedlicher Gebilde.

Unabhängig von den nun auch in den jeweiligen Nahwelten - hüben wie drüben, in Deutschland-West wie in Deutschland-Ost - spürbaren neuen Konflikten, Erfordernissen und Möglichkeiten gab und gibt es im deutschen Westen real existierende soziale Probleme und gesellschaftliche Aufspaltungen. Sie waren im letzten Jahrzehnt sichtbar: Armut und Arbeitslosigkeit, soziale Ungerechtigkeiten, erhebliche Einkommensunterschiede, Generationsverwerfungen und nicht zuletzt berechnete Ansprüche von Frauen auf ein erfülltes, ganzes Leben. Und auch die Wanderungsbewegungen werden, getrieben von der Not, um die erweiterte Bundesrepublik keinen Bogen machen, sondern, neben der anhaltenden Binnenwanderung von Ost nach West, voraussichtlich dramatisch zunehmen.

Um eines dieser alten bundesdeutsch-hausgemachten Problemfelder geht es in diesem Aufsatz: um Arbeitslosigkeit. Oder besser: um Erwerbslosigkeit. [1] Wer nicht von Arbeitslosigkeit reden will, soll zur sozialen Marktwirtschaft schweigen. Geschwiegen wird zum gesellschaftlichen Skandal der Arbeitslosigkeit heißt und Erwerbslosigkeit und Unterbeschäftigung als gesellschaftlichen Strukturzusammenhang meint, seit vielen Jahren. Arbeitslosigkeit - zumal Massenarbeitslosigkeit - scheint in der alten Bundesrepublik nach wie vor nicht als öffentliches Thema zu gelten. Dabei gibt es in der alten Bundesrepublik seit etwa 15 Jahren, seit der Ölwirtschaftskrise, Massenarbeitslosigkeit - also millionenfache Erwerbslosigkeit und Unterbeschäftigung. Sie hält nun auch rapiden Einzug in den fünf neuen Ländern.

II.

In den alten Ländern gibt es auch nach einer von der Bundesregierung veranlaßten statistischen Säuberungsaktion aktuell knapp zwei Millionen amtlich erfaßte Betroffene. Wird das Dunkelfeld, die amtlich verschwiegene Betroffenheit, einbezogen, dann sind zwischen drei und vier Millionen Menschen arbeitslos: Männer und Frauen, Alte und Junge, Ausländer und Inländer, Kranke und Gesunde, Ansässige und Zugewanderte, Aktive und Passive, Rechte und Linke, Optimisten und Resignierte, Begabte und weniger Begabte, kurz: Menschen, die leben wollen und als Mensch leben sollen. Bei vielen Nichtbetroffenen scheint bis heute eine Art Morgenstern-Logik in Sachen Erwerbslosigkeit zu greifen. Sie verfährt nach dem Motto, daß gerade in einer sozial genannten Marktwirtschaft nicht sein kann, was nicht sein darf. Und wenn dies ideologisch nicht reicht, können auch alte Bilder ausgekratzt und Emotionen angestachelt werden: An manchen Stammtischen wird dann geredet von den Faulen, Asozialen, Arbeitsscheuen, die auf Kosten der Steuerzahler als neue Ballastexistenzen im sozialen Netz lümmeln und sich den feinen Lenz machen.

Diese Gesellschaft ist nicht nur Konsumgesellschaft und schon gar kein Konsumparadies für alle. Sie ist nach wie vor eine privatwirtschaftlich verfaßte - auch kapitalistisch genannte - Arbeitsgesellschaft. Erwerbsarbeit in der Hauptform bezahlter Lohnarbeit steht in ihrem Zentrum und bestimmt das gesellschaftliche System von Werten, Tugenden, Normen und Einrichtungen. Und sie bestimmt wesentlich die Möglichkeiten - oder Unmöglichkeiten - der Teilhabe jedes einzelnen am gesellschaftlichen Reichtum, damit auch Ansehen, Rang, Prestige, kurz: sozialen Status. Wer keine Arbeit hat, hat das Leben auch bald satt. Ohne Moos nix los. Arbeitslosigkeit in der Konsumgesellschaft, die nach wie vor eine Arbeitsgesellschaft ist, meint nicht nur weniger Geld zum Leben. Arbeitslosigkeit ist, weil jede industrielle Markt- und Konsumgesellschaft immer schon

eine entwickelte arbeitsteilige Erwerbsgesellschaft ist, auch Ausschluß von der bezahlten Arbeit.

„Kein Eigentum haben“, schrieb die politische Philosophin Hannah Arendt vor 30 Jahren über die Ordnung der mittelalterlichen Ständegesellschaft, „hieß, keinen angestammten Platz in der Welt sein eigen zu nennen, also jemand zu sein, den die Welt nicht vorgesehen hatte.“ [2] Mir scheint diese Kennzeichnung auch auf jede moderne Industriegesellschaft anwendbar - nur daß es um bezahlte Erwerbsarbeit geht. Und hier und heute diese nicht zu haben, heißt, keinen angemessenen Platz in der Welt zu haben, also jemand zu sein, den die Erwerbsgesellschaft nicht vorgesehen hat.

Der politische Umgang mit der Massenarbeitslosigkeit bestätigt diese These. Friedhelm Hengsbach, ein engagierter Vertreter der katholischen Soziallehre, hat den Skandal real existierender Erwerbslosigkeit und Unterbeschäftigung in diesem reichen Land als soziale Ausgrenzung und Spaltung beschrieben und dabei auch unsere Marktideologen vorgeführt: „Seit mehr als 10 Jahren ist in der Bundesrepublik eine wirtschaftspolitische Richtung mehrheitsfähig geworden, die dafür verantwortlich ist, daß sich die Schere zwischen denen, die an den Wohltaten der Industriegesellschaft teilhaben und denen, die aussortiert werden, immer mehr öffnet. Bereits gegen Ende der sozialliberalen Koalition begann man damit, die Arbeitslosigkeit durch millionenfache falsche Entscheidungen einzelner Arbeitsloser zu erklären, die nicht fähig oder nicht bereit wären, zu arbeiten, die sich in der sozialen Hängematte ausruhten und es vorzogen, die sozialen Leistungen in Anspruch zu nehmen, anstatt eine Erwerbsarbeit anzunehmen. So beschloß man, die Sozialleistungen zu kürzen, indem man erst die Bemessungsgrundlage, dann das Arbeitslosengeld und die Arbeitslosenhilfe selbst kürzte. So hoffte man, die Bereitschaft der Arbeitslosen zu erhöhen, in Arbeitsverhältnisse mit schlechteren Bedingungen und niedrigerem Lohn einzuwilligen.“ [3]

Diese neoliberalen Wirtschaftspolitik propagiert einen Köhlerglauben: der Staat habe die Wirtschaftskrise verursacht. Das soziale Netz hätte die Wirtschaft gelähmt. Und das heißt in der Konsequenz: Rückzug des Staates aus dem Wirtschaftsleben und damit zum einen Leistungskürzungen und zum anderen Abbau der Staatsverschuldung. Und vor allem: Löhne runter, Gewinne rauf. Wegen der Investitionsneigung, um Arbeitsplätze zu schaffen, Arbeitskräfte neu einzustellen, und um zusätzliche Einkommen, mehr Nachfrage, gesichertes Wirtschaftswachstum zu erzeugen.

Der letzte sozialdemokratische Bundeskanzler, der heute ein als liberal geltendes Wochenblatt mitherausgibt, benutzte die griffige Formel: Die Gewinne von heute sind die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen. Dieses marktradikale Märchen freilich klang zu schön, um wahr zu werden. Auch die deutsche moderate Version amerikanischer Reaganomics und britischen Thatcherismus' verhalf wohl zu steigenden Unternehmensgewinnen und damit auch zu hohen Kapitalexporten außerhalb des Landes, aber nicht zur Beendigung der Massenarbeitslosigkeit. Und die zweifellos geschaffenen Arbeitsplätze waren und sind nicht selten Teilzeit-, befristete oder tariflich ungeschützte Tätigkeiten. Auch wenn in den letzten beiden Jahrzehnten das Bruttosozialprodukt etwa verdoppelt werden konnte - bei gleichzeitiger Verringerung der gesellschaftlichen Arbeitsmenge um etwa ein Fünftel -, so hat die gesellschaftliche Spaltung und soziale Ausgrenzung entgegen allen Verheißungen zugenommen. Die sozialen Gräben sind tiefer geworden. Die Einkommensschere zwischen Besser- und Schlechterverdienenden auch innerhalb der Gruppe von abhängig Beschäftigten vergrößerte sich. Die Einkommen derer, die von neuer Armut, Dauerarbeitslosigkeit und Wohnungsnot betroffen sind, sanken. Inzwischen gibt es nach Berechnungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes fast vier Millionen Menschen, die Sozialhilfe beanspruchen müssen, um überleben zu können - jene verschämten, meist alten Armen, die den Gang zum Sozialamt immer noch scheuen, nicht eingerechnet.

III.

Die Schattenseiten dieser Arbeits-, Konsum- und Wohlstandsgesellschaft sind eindrucksvoll in zwei

Studien aufgearbeitet. „... wessen wir uns schämen müssen in einem reichen Land" lautet der zutreffende Titel des Armutsberichts des Paritätischen Wohlfahrtsverbands, verfaßt von einer Gruppe um Ulrich Schneider. „Armut im Wohlstand" nennt eine Forschungsgruppe um Ernst-Ulrich Huster ihre in Zusammenarbeit mit dem DGB verfaßte Aufsatzsammlung und plädiert dafür, zukünftig auch hierzulande einen jährlichen nationalen Armutsbericht zu veröffentlichen. [4]

Diesen neuen Studien zur Armut in einer Wohlstandsgesellschaft unterliegt ein sozialwissenschaftliches Verständnis von Armut. Arm sein ist nicht absolute Verelendung sondern „relative Deprivation". Der britische Armutsforscher Peter Townsend hat Armut als soziale Bedürftigkeit und Ausgrenzung an den gesellschaftlichen Möglichkeiten gemessen. Townsend schreibt in seinem Buch *Poverty in the United Kingdom: Relative Deprivation* ist „Mangel oder Knappheit an Nahrungsmitteln, Annehmlichkeiten, Verfügungsrechten, Dienstleistungen oder Teilhabechancen, die sonst in der Gesellschaft allgemein verbreitet sind und daher als alltäglich gelten. Sobald die finanziellen oder andere Mittel fehlen und dadurch die Menschen gehindert werden, als vollwertige Mitglieder der Gesellschaft zu leben, leben sie in Armut." [5]

Diese Armut ist in der reichen Bundesrepublik der achtziger Jahre vom Arbeitsmarkt her nicht nur nicht abgebaut - sondern im Gegenteil geschaffen worden. Friedrich Hengsbach hat das am Beispiel der Jugendarbeitslosigkeit veranschaulicht: „Ich nenne die Jugendlichen. Allerdings nicht die zwischen 16 und 18, weil sich um die die Betriebe bereits wieder reißen, sondern jene Jahrgänge, die zufällig zu den sogenannten geburtenstarken Jahrgängen gehören, weil ihre Eltern geburtenfreundlich waren oder selbst wieder zu den geburtenstarken Jahrgängen gehörten. Sie haben in der Regel eine Ausbildung hinter sich, sind aber bald nach der Ausbildung wieder entlassen worden, weil die meisten angebotenen Ausbildungsberufe exakt auch die Berufe mit einem hohen Beschäftigungsrisiko waren. So hat man ihnen eine zweite Ausbildung oder eine Umschulung angeboten; nach deren Abschluß waren sie wieder arbeitslos, so daß sie am Ende zu den Dauerarbeitslosen gehören, wenngleich die Politiker sie als nicht richtig qualifiziert oder fehlqualifiziert einstufen, die man nachqualifizieren muß. Sollte sich herausstellen, daß sie gar nicht mehr oder nur ganz schwer vermittelbar sind, ruft man die Caritas oder einen kirchlichen Jugendverband, sie möchten doch für die, die sich nicht als systemfit (AEG-, Veba-, BASF-fit) herausgestellt haben, einen zweiten Arbeitsmarkt einrichten." [6]

Gerade die Schaffung des sogenannten zweiten Arbeitsmarktes bestätigt wie die Warteschleifen die These vom Umkippen des Arbeitsmarkts in einen Ausschlußmarkt. [7] Das heißt in der Folge: Jedes auf Stetigkeit und Berechenbarkeit beruhende Normalarbeitsverhältnis wird tendenziell aufgelöst. Dies sehen auch die Autorinnen und Autoren des 1990 vorgelegten achten Jugendberichts, zumal das „fare well Normalarbeit" natürlich vor allem die nachrückende Generation betrifft. [8] Die Wissenschaftlergruppe um Hans Bertram hat damit einen wunden Punkt der amtierenden Bundesregierung getroffen, wie auch die anschließende Rüge der Bundesregierung am Achten Jugendbericht zeigt: „Der Abbau der Jugendarbeitslosigkeit bleibt vordringliches Ziel der Bundesregierung. In Anbetracht der strukturellen Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt gilt es, im Rahmen einer umfassenden Qualifizierungspolitik, die neben der Erstausbildung auch die Fortbildung und Umschulung erfaßt, vorsorgend künftiger Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken. Die Bundesregierung teilt nicht die Auffassung der Kommission, daß sich das Problem der Jugendarbeitslosigkeit an die sogenannte zweite Schwelle, den Übergang von der Ausbildung in die Beschäftigung, verschoben' hat." [9]

Diese politische Schelte aus Bonn greift aber gleich dreifach ins Leere: Erstens verkennt die technokratisch-klinische Angebot-Nachfrage-Sicht gerade im Hinblick auf den Käufermarkt von lebendiger Arbeit die an sich simple Einsicht, daß berufliche Qualifizierung wie das gesamte Bildungswesen immer schon über Abschlüsse auch Positionen und mithin mögliche spätere Erwerbs-, Einkommens- und Lebenschancen verteilt: „Das Bildungssystem", so der Zürcher Soziologe Gerhard Schmidtchen, „ist nicht nur ein Qualifikations-, sondern auch ein Selektionssystem. Umgekehrt garantiert Bildung nicht in gleichem Maße wie früher adäquate Positionen." [10] Zweitens befördert das, was die Bundesregierung als ihre Qualifikationsoffensive gewertet wissen will, einen Prozess der Abschlußinflationierung. Darauf haben Berufsforscher wie Ulrich Beck und Burkart Lutz schon lange hingewiesen: die Entkoppelung von Ausbildung und

Beruf, den „Prozess der relativen Entwertung von Bildungseinrichtungen und -gängen, deren Mechanismen zur Zugangs- und Abgangsrationierung nicht mehr ausreichend gut funktionieren, so daß nunmehr lediglich notwendige Bedingung einer privilegierten gesellschaftlichen Position ist, das bisher hinreichende Bedingung war.“ [11] Und dies gilt inzwischen bei langanhaltender und Jugenddauerarbeitslosigkeit schon für die Möglichkeit, überhaupt noch beschäftigt zu werden. Drittens verkennt die Bundesregierung die Wirkung zunehmender Automatisierung und der - übrigens von ihr selbst forschungspolitisch geförderten - neuen Techniken im Produktions-, Dienstleistungs- und Verwaltungsbereich. Hier gibt es eine Doppeltendenz: einmal zur Erhöhung der Tätigkeitsbereiche und -anforderungen bei Beschäftigten und zum anderen - und gleichzeitig - die weitere Automatisierung gering qualifizierter Tätigkeiten, was zur sogenannten Freisetzung lebendiger Arbeit führt. [12] Das heißt dann Arbeitslosigkeit: Entlassungen vorwiegend älterer Beschäftigter, Nichteinstellung vorwiegend jüngerer Unterbeschäftigter, wieder also soziale Ausgrenzung aus der Erwerbsgesellschaft - dies vor allem hätte jede Politik, die beansprucht, „vorsorgend künftiger Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken“, zu berücksichtigen.

IV.

Gesellschaftliche Ausgrenzungsprozesse aus Arbeitsmarkt und Erwerbsleben sind für Betroffene immer existentiell: abhängige Arbeit zur Lebenssicherung und Persönlichkeitsentwicklung wird schwieriger, prekär und zunehmend unmöglich, Selbstverwirklichung über bezahlte Lohnarbeit uneinlösbar. Dies betrifft besonders heute Fünfundzwanzig- bis Dreißigjährige. Was daraus für Lebenspläne folgen kann, hat eine Bremer Forschergruppe schon in 1984 bis 1986 durchgeführten Interviews mit um 1960 geborenen jungen Leuten erfahren. Die sich aus Arbeitsmarktlage und Krise der Arbeitsgesellschaft ergebenden paradoxen gesellschaftlichen und persönlichen Lebenslagen sind jetzt in dem Buch *Nicht so wie unsere Eltern!* beschrieben und als Unterströmung einer Entwicklung zum „neuen kulturellen Modell“ gedeutet. [13] Die dort teilveröffentlichten intensiven Forschungsinterviews verdeutlichen, daß zunehmend alte Formen von Arbeit, Beruf, Lebensweise, Lebenssinn und Lebensplan nicht mehr greifen, und daß gesellschaftliche Teilhabe als Vergesellschaftung über Arbeit und Beruf für Minderheiten dieser Generation nicht mehr wirksam sein kann. Die Interviews zeigen in dichter Beschreibung den Umriß einer Generation im Umbruch, für die, so Forschungsleiter Rainer Zoll, lediglich eines gilt: „Die Normalität der Herausbildung einer Lohnarbeiteridentität gibt es tendenziell nicht mehr.“ [14]

Die durch Arbeitsmarktindividualisierung, Rationalisierung und Automatisierung, schließlich durch die Anwendung neuer Techniken bei weiter bestehender Ungleichverteilung von Eingangsvoraussetzungen und Arbeitsmenge hervorgerufene Auflösung von Normalität der herkömmlichen Erwerbsgesellschaft - der Normalarbeit wie der Normalbiographie - deutet auf ein durch neue Lagen, Interessen und Bedürfnisse bestimmtes neues kulturelles Lebensmodell hin. In ihm, so die Kernthese, steht nicht mehr das alte Modell von Leistungs- und Arbeitsethos, Disziplin und Verzicht, also jene dem Geist des Kapitalismus entsprechende protestantische Askeseethik im Mittelpunkt, sondern ein anderer, eher hedonistisch-lustbezogener Sozialtyp, der von Bedürfnissen nach Kommunikation, Selbstverwirklichung und Selbst-Sein-Wollen gekennzeichnet ist. Die ersten Umrisse dieses alternativen Lebenstyps finden sich bei den keineswegs kleinen oder radikalen Minderheiten der seit 1960 Geborenen.

Was auf den ersten Blick als Wiederaufleben der alten Boheme erscheinen mag – der soziologische Kirchenvater Max Weber nannte sie so verächtlich wie unzutreffend „Kaffeehausliteraten“ -, ist eher ein neuer Individualismus. Er ist zunächst aus der Not der Arbeitsgesellschaft, der zunehmend die Arbeit ausgeht, geboren. Inzwischen erscheint er bei immer mehr Jüngeren zugleich als Tugend und Hoffnung auf eine neue Form menschlicher Existenz und persönlicher Identität.

Was der amerikanische Volkssänger Pete Seeger in den fünfziger Jahren als vorgestanzte Karriereschritte im Leben der Mittelklasse ironisierte - „little boxes“ -, heißt heute, 30 Jahre später, „rat race“. Und an diesem gnadenlosen beruflichen Konkurrenzkampf in der Erwerbsgesellschaft wollen - und können - auch in den heutigen Vereinigten Staaten immer weniger Menschen

teilnehmen und verweigern sich. [15] Der bundesdeutschen Arbeitslosigkeitsforschung mögen diese Überlegungen überzogen vorkommen [16], denn sie ist bis heute auf eine andere Optik eingeschworen, ich nenne sie die Opfersicht. Seit anderthalb Jahrzehnten hat auch diese Forschung die Arbeitsgesellschaft so verinnerlicht, daß es immer wieder heißt, Arbeitslosigkeit macht die Betroffenen, ihre Familien und besonders die Kinder und Jugendlichen krank. Das kann so sein - und ist auch überwiegend der Fall -, muß aber nicht so sein und wird dann nicht der Fall sein, wenn der Lebenssinn nicht mehr im Streben nach bezahlter Erwerbsarbeit liegt. Insofern bietet ein anderes kulturelles Lebensmodell jenseits der Arbeitsgesellschaft Schutz - auch vor drohenden, von längerer Arbeitslosigkeit mitverursachten Beschädigungen und Kränkungen. Im übrigen sind auch arbeitslos gemachte und wie auch immer sozial ausgegrenzte oder depravierte Menschen und Gruppen keine Reaktionsdeppen und als solche zu beforschende oder zu versorgende Objekte. Jede Opfersicht, auch wenn sie sich mit wohlmeinenden Appellen an die Regierenden wendet, verkennt diesen Zusammenhang, weil Menschen sich nicht nur reaktiv zu Objekten verhalten müssen, sondern aktiv und manchmal sogar produktiv Wirklichkeit aneignen und verändern können. [17] Und erst diese besondere Fähigkeit meint menschliches Handeln. Alles andere ist Zoo.

Dies vor allem veranschaulicht die Studie von Rainer Zoll und seinen Mitarbeitern. Hier sind spurenhafte neue Aneignungsweisen von Lebenswirklichkeiten und Lebensformen zum Sprechen gebracht, die übers blanke Überleben hinausgehen und damit auch das alte arbeitgesellschaftliche System in Frage stellen. Daraus folgt die Überlegung, daß das System des in sich vielfältig zerklüfteten Arbeitsmarkts hierzulande auf eine tieferliegende gesellschaftliche Sinn- und Strukturkrise verweist. Sie macht sich nicht zufällig bei den heute 25- bis 30jährigen bemerkbar und verweist auf neue lebensweltliche Ansprüche und Handlungsfelder. Damit wäre auch eine neue empirische Sozialforschung und interpretative Sozialwissenschaft eingefordert. Ihre Aufgabe wäre, so ein zentrales Schlüsselwort der großen alten Dame der internationalen Arbeitslosigkeitsforschung, Marie Jahoda, „to make invisible things visible“. [18]

Darum geht es: *Das Unsichtbare sichtbar machen*. Vom Arbeitsmarkt her hat der Achte Jugendbericht - bisher auch von der Bundesregierung unwidersprochen - darauf aufmerksam gemacht, daß auch künftig die Zahl sogenannter leistungsschwacher Jugendlicher als schwer in Lohn und Brot vermittelbarer Kern wohl bleiben wird. Diese Gruppe betrifft die Automatisierung an- und ungelernter Tätigkeiten. Für die deutschen neunziger Jahre bedeutet dies: Es wird eine relativ wachsende Schicht Jugendlicher und junger Erwachsener geben, für deren Arbeitsvermögen keine entsprechenden Arbeitsplätze mehr vorhanden sein werden. Damit wird der herkömmlichen Arbeitsethik mit Tugenden wie Leistung, Disziplin und Verzicht der soziale Boden entzogen. Ergebnis ist die weitere Ausgrenzung einer Gruppe junger Leute, vielleicht ein Drittel des jeweiligen Jahrgangs, die weitgehend chancenlos sind, eine „Klasse der von der Arbeit erfolgreich abgedrängten Unmündigen“. Das bedeutet aber nicht zwangsläufig, daß auch weitere jugendsoziologische Befürchtungen aus der ersten Hälfte der achtziger Jahre zutreffen müssen. Oder müssen die Betroffenen wirklich „aufgeschlossen sein für Brot und Spiele?“ [19] Und muß der Arbeitsmarktausschluß wirklich ein „zunehmend hilfloser werdendes und isoliertes Einzel-Wesen“ hervorbringen, „das nicht so recht weiß, wo es hingehört, und das ängstlich in die Zukunft bücken muß“? [20]

Dies alles muß nicht zwangsläufig so sein. Und es würde auch nur dann so werden, wenn sich die Betroffenen nicht aus dem alten erwerbswirtschaftlichen Modell des Verzichts auf Lebenskultur bei Armut, Ausgrenzung und Not lösen könnten. So gesehen macht das, was Betroffene den Bremer Forschern Mitte des vergangenen Jahrzehnts mitteilten, in doppelter Weise Sinn: subjektiv für die Betroffenen, die zu Recht vom Arbeitsmarktsystem nichts mehr erwarten, zumal auch größere Veränderungen bei der Verteilung von Arbeit bis hin zur Vier-Tage-Woche bei einer 20-Stunden-Regelarbeitszeit in den nächsten Jahren politisch nicht durchsetzbar erscheinen. Ein neues und wie immer im einzelnen ausgeprägtes kulturelles Lebensmodell, das sich aus der Klammer der alten Arbeitsgesellschaft befreit, macht aber auch objektiv Sinn: Wenn für zunehmende Betroffenenengruppen Vergesellschaftung über Erwerbsarbeit nicht mehr möglich ist und künftig noch weniger möglich sein wird, dann sind alternative Formen der Organisation von Gesellschaft überhaupt nötig, damit auch andere Werte und Tugenden, Normen und Einrichtungen bis hin zur

radikalen Neubewertung von Nichterwerbsarbeit. [21] Dies, denke ich, ist die Herausforderung, die im sogenannten neuen kulturellen Modell aufscheint.

Zu den bisher genannten gesellschaftlichen Aufspaltungen kommt damit noch eine weitere: Sie ist im Arbeitsmarktsystem eingelagert - aber in der Tendenz als strukturelle Krise der Gesellschaft selbst angelegt. Das alte kulturelle Modell der privaten Erwerbsgesellschaft mit entwickelter Industrie und Dienstleistung steht in Frage. Oder, dialektisch gesprochen, die Dynamik der erwerbswirtschaftlichen Entwicklung selbst ist es, die ihre eigenen Grundlagen, ihre kulturelle Unterfütterung oder Grundierung, systematisch untergräbt, gefährdet und letztlich abschafft - wenn nicht über politisches Handeln die Laufrichtung radikal verändert wird. Denn was da die sogenannten Selbstheilungskräfte des Marktes sein wollen, sind in der gesellschaftlichen Wirklichkeit nichts anderes als die *Selbstabschaffungstendenzen* des Marktes und damit der Erwerbsgesellschaft marktwirtschaftlicher Prägung. Die immer weiter fortschreitende Ersetzung von lebendiger Arbeit durch vergegenständlichte in Form von Maschinen, Automaten und neuer rationalisierender Technik ist der wirkliche Totengräber der entwickelten industriellen Arbeitsgesellschaft, der immer mehr die Arbeit ausgeht und die doch so viel zu tun hätte. Insofern ist in der Tat ein grundlegender arbeits- und gesellschaftspolitischer *Kurswechsel* nötig. [22]

Es wäre ein Hintertreppenwitz der Geschichte, wenn in diesem Land, in dessen östlichem Teil ein Sozialismus ohne menschliches Gesicht geschichtlich abtrat, nun ein Kapitalismus ohne menschliches Gesicht es so weit brächte, daß auch ihm über kurz oder lang nichts anderes mehr übrigbliebe als der geschichtliche Abtritt, weil er, seiner ungebändigten Eigenlogik folgend, seine kulturellen Grundlagen zunehmend selbst zerstört.

[1] Die Anregung zu diesem Beitrag gab — sehr vermittelt — Friedrich Fürstenberg; vgl. ders., Die Einführung der Marktwirtschaft - ein sozialkulturelles Entwicklungsprojekt. In: Symposium '90. Markt und Kultur. Herausforderungen der deutschen Einheit, hrsg. v. Heinrich A. Henkel, Regensburg 1991 (= Kölner Schriften zur Sozial- und Wirtschaftspolitik Bd. 15), S. 9-24; im übrigen greife ich auf eigene - ebenfalls in anderem Zusammenhang entwickelte - Vorüberlegungen zur kulturellen Unterfütterung oder Grundierung sozialer Systeme zurück; vgl. Richard Albrecht, Umbruchslagen. Materialien zur Theorie und Methodologie des beschleunigten gesellschaftlichen Wandels, Mannheim 1990.

[2] Hannah Arendt, Vita Activa oder Vom tätigen Leben, München, Zürich, 5. Aufl. 1987, S. 60.

[3] Friedhelm Hengsbach, Beteiligungsdefizite im nationalen Einigungsprozess. In: Symposium '90, a. a. O., S. 59 ff.

[4] Ulrich Schneider u. a., „ ... wessen wir uns schämen müssen in einem reichen Land ...“ Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes für die Bundesrepublik Deutschland, in: Blätter der Wohlfahrtspflege, 11-12/1989; Ernst-Ulrich Huster u. a. (Hrg.), Armut im Wohlstand. Frankfurt/M. 1990.

[5] Peter Townsend, Poverty in the United Kingdom, Harmondsworth 1979, S. 915; vgl. ergänzend Richard Albrecht, Not macht erfinderisch und Hunger macht skrupellos. Über Armut und Sozialpolitik, in: Sozialer Fortschritt, 10/1990, S. 241-244.

[6] Hengsbach, Beteiligungsdefizite, S. 70 f.

[7] Vgl. Klaus Hurrelmann, Warteschleifen. Keine Berufs- und Zukunftsperspektiven für Jugendliche? Weinheim/Basel 1989.

[8] Hans Bertram u. a., Bericht über Bestrebungen und Leistungen der Jugendhilfe (Achter Jugendbericht), Bonn 1990.

[9] Stellungnahme der Bundesregierung zum Achten Jugendbericht [Bonn 1990], S. 25 f.

[10] Gerhard Schmidtchen, Schritte ins Nichts. Selbstschädigungstendenzen unter Jugendlichen. Opladen 1989, S. 114.

[11] Burkart Lutz, Bädungsexpansion und soziale Ungleichheit. Eine historisch-soziologische Skizze, in: Reinhard Kreckel (Hrg.), Soziale Ungleichheiten, Göttingen 1983, S. 227; vgl. Ulrich Beck, Ausbildung ohne

Beschäftigung. Zum Funktionswandel des Bildungssystems im Systemwandel der Arbeitsgesellschaft, in: Stefan Hradil (Hrg.), Sozialstruktur im Umbruch. Karl Martin Bolte zum 60. Geburtstag, Opladen 1985, S. 305-321.

[12] Vgl. Horst Kern, Michael Schumann, Das Ende der Arbeitsteilung? Rationalisierung in der industriellen Produktion, München 1984.

[13] Rainer Zoll u. a., „Nicht so wie unsere Eltern!“ Ein neues kulturelles Modell? Opladen 1989; ders., Neuer Individualismus und Alltagssolidarität. Bemerkungen zur Krise der individuellen Identität, in: Hans Leo Krämer [und] Claus Leggewie (Hrsg.), Wege ins Reich der Freiheit, Andre Gorz zum 65. Geburtstag, Berlin 1989, S. 174-187; ders., Neuer Individualismus und Alltagssolidarität, in: Jürgen Hoffmann u. a. (Hrsg.), Jenseits der Beschlußlage. Gewerkschaft als Zukunftswerkstatt, Köln 1990, S. 58-69.

[14] Ebd., S. 216; Zoll schließt natürlich an die These des Individualisierungsdrucks an, vgl. hierzu Ulrich Beck, Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt/M. 1987; vgl. auch zusammenfassend Richard Albrecht, Differenzierung - Pluralisierung - Individualisierung. Umbruchprozesse der bundesrepublikanischen Gesellschaft, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 8/1990, S. 503-512; sowie weiterführend ders., Die unbewältigte Modernität. Über Risiken und Chancen der modernen Moderne, in: Kurswechsel, 4/1990, S. 70-93.

[15] Vgl. Robert N. Bellah u. a., Gewohnheiten des Herzens. Köln 1987.

[16] Vgl. hierzu Margarete Tjaden-Steinhauer, Die verwaltete Armut. Pauperismus in der Bundesrepublik. Vorgeschichte und Erscheinungsformen, Hamburg 1985; Hans Schindler u. a., Die Familie in der Arbeitslosigkeit, Bremen o. J.; ders. u. a. (Hrsg.), Familienleben in der Arbeitslosigkeit. Ergebnisse neuer europäischer Studien, Heidelberg 1990; hingegen Subjekt- und handlungszentriert die historisch-systematische Studie von Norbert Preußler, Not macht erfinderisch. Überlebensstrategien der Armenbevölkerung in Deutschland seit 1807, München 1989.

[17] Vgl. grundlegend Klaus Hurreimann, Das Modell des produktiv realitätsverarbeitenden Subjekts in der Sozialisationsforschung, in: Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie, 2/1983, S. 91-103; sowie zum Aneignungskonzept als sozialpsychologische Grundkategorie und Element der „subjektiven Sozialstruktur“ Wolfgang Buchholz, Florian Straus, Lebensweltliche Strukturen familialer Probleme, in: Heinrich Keupp, Dodó Rerrich (Hrsg.), Psychosoziale Praxis — gemeinde-psychologische Perspektiven. Ein Handbuch in Schlüsselbegriffen, München 1982, S. 63-74; ders., Lebensweltanalyse. Sozialpsychologische Beiträge zur Untersuchung von krisenhaften Prozessen in der Familie, München 1984.

[18] The Social Psychology of the Invisible: An Interview with Marie Jahoda, in: New Ideas in Psychology, 1/1986, pp. S. 107-118.

[19] Vgl. Lars Clausen, Hinweise zu einer unnützen Generation, in: Demokratische Erziehung, 1/1982, S. 38-41.

[20] Martin Baethge, Individualisierung als Hoffnung und als Verhängnis. Aporien und Paradoxien der Adoleszenz in spätbürgerlichen Gesellschaften oder: Die Bedrohung von Subjektivität, in: Soziale Welt, 1985, S. 299-312.

[21] Vgl. zum Beispiel zum gesellschaftlich garantierten Grundeinkommen, Michael Opielka, Ilona Ostner (Hrsg.), Umbau des Sozialstaats, Essen 1987; sowie Barbara Riedmüller, Marianne Rodenstein (Hrsg.), Wie sicher ist die soziale Sicherung? Frankfurt/M. 1989.

[22] Vgl. weiterführend das Plädoyer für gebrauchswertzentrierte Produktion lebendiger Menschen von Axel Bust-Bartels, Skandal Massenarbeitslosigkeit. Zwischen passivem Staat und alternativer Arbeitsmarktpolitik, Opladen 1990.

copyright Richard Albrecht 2009-09-20 | dr.richard.albrecht [at] gmx.net

<http://richard-albrecht.de>

<http://ricalb.wordpress.com>

<http://www.rechtskultur.de>

<http://www.rechtskulturaktuell.de>

<http://ricalb.files.wordpress.com/2009/07/cv3.pdf>